

von Veronika Bellmann MdB –

Ordnungspolitische Sündenfälle

ie Volksparteien befinden sich seit geraumer Zeit in der Defensive. Sie haben nach dem Krieg über nunmehr drei Generationen Hervorragendes geleistet. Man wusste genau, dass aus der Zersplitterung der Parteienlandschaft in der Weimarer Republik Unheil erwachsen war und entwickelte deshalb innerhalb weniger Parteien ein breites Meinungsspektrum und eine große Integrationskraft. So konnten sich Menschen der verschiedensten gesellschaftlichen und sozialen Schichten mit den nicht vom Zeitgeist getriebenen sondern von festen Grundsätzen geprägten Programmen identifizieren. Aber seit geraumer Zeit scheinen manche Führungspersonen davon so erfolgsverwöhnt zu sein, dass sie glauben, auf Integration und Grundsätze verzichten zu können. So kam es zu einem schleichenden Erosionsprozess unseres derzeitigen Parteiensystems.

Öffnung nach links

Der begann in der CDU damit, dass sich die Volkspartei von ihren historisch programmatischen Traditionen verabschiedet hat. Noch zu schwarz-gelben Zeiten gab es Anfang 2010 eine "Berliner Erklärung" der Bundes-CDU, in der sie sich demonstrativ nach links öffnete und konservative Positionen räumte.

Unionsanhänger sammelten aus Protest dagegen unter dem Motto "Aktion Linkstrend stoppen" über 10.000 Unterschriften. Aus dieser Bewegung heraus gründete sich in der CDU der heutige "Berliner Kreis", dem seinerzeit noch der heutige Bundesvize der AfD, Alexander Gauland, angehörte.

Der Linksdrift der Union blieb bis vor kurzem machtpolitisch folgenlos. Da keine ernstzunehmende politische Konkurrenz vorhanden war, wurde die CDU-Führung gegenüber dem konservativen Wählermilieus immer arroganter. Die Machterhaltungsstrategie der Bundeskanzlerin beruhte auf der Annahme, dass ein Abgang von Stammwählern durch den temporären Zuwachs neuer Wählerschichten und durch "asymmetrische Wählerdemobilisierung" erzeugtes Wegbleiben der Unzufriedenen von der Wahlurne, mehr als nur ausgeglichen würde.

Präsidialer Führungsstil

Der Bundesvorstand der CDU dachte nicht an Kurswechsel, blieb bei seinem vermeintlichen Modernisierungskurs und der Aufgabe der bürgerlich-konservativen Identität. Die Energiewende, Eurorettung, Asylpolitik und selbst jüngst die Kaufprämie für Elektroautos, allesamt ordnungspolitische Sündenfälle, sind in einem präsidialen Führungsstil getroffene Grundsatzentscheidungen, die nicht nur im Wesentlichen unter Ausschluss des Parlamentes getroffen wurden, sondern bestehendes Recht aussetzen oder zumindest bis an die

Präsidialer Führungsstil

"Die Energiewende, Eurorettung, Asylpolitik und selbst jüngst die Kaufprämie für Elektroautos, allesamt ordnungspolitische Sündenfälle, sind in einem präsidialen Führungsstil getroffene Grundsatzentscheidungen."

äußersten Grenzen der Belastbarkeit dehnen. Soviel Anpassung an rot-grüne Positionen, deren Spitze der Koalitionsvertrag oder der Merkelsche Satz "Der Islam gehört zu Deutschland" war, und so viel wonnige Umarmung, durch die der politische Gegner zunächst verblüfft und danach marginalisiert wird, kann die Macht nur für eine Weile erhalten. Sie steht aber auf tönernen Füßen. Weil auch der letzte wohlmeinende Konservative irgendwann einmal mitbekommt, dass das mit politischer Kontinuität und bürgerlichem Profil nicht mehr viel zu tun hat. Einer "Demokratur" will er nicht die Hand reichen, indem er Union wählt. Folglich haben die letzten Landtagswahlen gezeigt, dass die Merkelsche Rechnung nicht mehr aufgeht. Denn augenscheinlich verliert die Union in der Mitte und rechts ja mehr, als sie an linken Wechselwählern dazu bekommt. In Wirklichkeit gewinnt sie also keine neuen Wählerschichten, sondern verliert die alten.

Bündelung des Protestpotentials

Es war jahrzehntelang erklärtes Ziel der Union, alle politischen Anstrengungen zu unternehmen, damit sich rechts von ihr keine neue Partei etablieren kann. Stattdessen hat sie aber rechts der Mitte Platz gemacht. Nun füllt sich das Vakuum durch eine neue politische Kraft. Die AfD macht die inhaltlichen Defizite und Fehlentscheidungen erbarmungslos sichtbar, rollt das Feld in breiter

Front auf. Sie nutzt einerseits das ratlose konservative Wählerpotential, das die Union hinterlassen hat, indem sie ihnen ein Grundsatzprogramm anbietet, in das sehr wesentliche Teile der Unionsprogrammatik aufgenommen wurden. Andererseits bündelt sie auch das Protestpotential der Wähler, die ohnehin gegen alles sind, was "von oben" kommt.

Letztere werden wir wohl kaum wieder zurückgewinnen, selbst wenn sich die Bundesvorsitzende und ihre Unionsspitze tatsächlich dem vom "Berliner Kreis" unter anderem immer wieder geforderten Kurswechsel unterziehen würden. Die bürgerlich-konservativen Wähler aber dürfen wir nicht verloren geben.

"Zurück in die Zukunft"

Dazu ist das Mittel der Dämonisierung der AfD völlig ungeeignet. Deren Wähler beziehen die auch auf sich und mit platter Ausgrenzung geht man immer baden, wie uns das Beispiel der FPÖ in Österreich deutlich zeigt. Also muss die CDU sich mit den Positionen der AfD effektiv auseinandersetzen und gegenüber deren Wählern ihre

nach wie vor gültigen Grundsätze christlich-demokratischer Programmatik in der Politik der Union wieder sichtbar machen. Denn nicht viele Wähler sind von der Mitte nach rechts gewandert, sondern die Union von der Mitte nach links! Ob und wie lange sich die AfD hält, ist insofern unerheblich für die Notwendigkeit des "Zurück in die Zukunft", hin zu einer Union, die sich sowohl auf ihre christlichsoziale als auch ihre freiheitlichbürgerlich-konservative Identität besinnt und insofern als Volkspartei wieder ein umfassendes Spektrum politischer Meinungen abbildet. Die konservative Wurzel der Union ist schon ziemlich ausgedörrt, die christliche darf nicht sterben, auch wenn Generalsekretär Tauber die Union zunehmend für Muslime öffnet.

Wir müssen unsere Wähler auf der Grundlage einer erkennbaren christlichen Orientierung mit modernen Botschaften zur deutschen Leitkultur, zur Bedeutung von Verantwortung und Freiheit, zur sozialen Marktwirtschaft, zur inneren Sicherheit, zur Familie, zum Lebensschutz und zum Patriotismus ansprechen. Dass eine solche

Bürgerliche **Identität**

"Die CDU muss sich mit den Positionen der AfD effektiv auseinandersetzen und gegenüber deren Wählern ihre nach wie vor gültigen Grundsätze christlichdemokratischer Programmatik in der Politik der Union wieder sichtbar machen."

Kursänderung insbesondere einer Bundesvorsitzenden Angela Merkel schwerfallen dürfte, wurde mir erst neulich wieder klar.

Halbwertzeit der eigenen Aussagen

Ich fragte die Kanzlerin im Zusammenhang mit der Integration von Migranten nach der Umsetzung des Parteitagsbeschlusses und ihren eigenen befürwortenden Aussagen noch vom März diesen Jahres, wie es denn jetzt stehe mit der Aufnahme von "Deutsch ins Grundgesetz". Sie wiegelte ab mit dem Verweis auf die vielen Anglizismen im deutschen Sprachgebrauch und dass man ja nun nicht dauernd das Grundgesetz wegen "Irgendwas" aufmachen könne und Begehrlichkeiten wecken solle. Da kann man schon mal Schnappatmung kriegen. Erstens wegen der Halbwertszeit der eigenen Aussagen und eines Bundesparteitagsbeschlusses und zweitens bezüglich der Definition der deutschen Sprache als "Irgendwas". Verfassungspatriotismus darf man von ihr als Staatschefin offenbar nicht verlangen. Sehr bezeichnend, allerdings nicht für Konservative und - ich denke - auch nicht für die Mehrheit der Bürger unseres Landes.

eset WARUM ESET?

Nicht nur das K6 Medien Team setzt auf ESET-Software, sondern weltweit mehr als 100 Millionen zufriedene Kunden. Seit über 27 Jahren sorgt die Technogie von ESET für eine sichere digitale Welt. Die Technologie von ESET ist mit 58 Auszeichnungen Rekordhalter bei den begehrten VB100 awards.

Darüber hinaus bieten die ESET-Spezialisten kostenlosen Support.

Dies alles für alle gängigen Systeme wie Windows, MAC OS X, Linux oder Android. Als Einzelversion oder als Paket mit bis zu 5 Plätzen und bei Bedarf sogar darüber hinaus.

- Antivirus/Antispyware
- Optimiert für virtuelle Umgebungen
- **Anti-Phishing**
- Web-Kontrolle

- Zwei-Wege-Firewall
- **Botnet-Erkennung**
- Anti-Spam
- **Zentrale Verwaltung**

Fragen Sie nach einem auf Sie speziell zugeschnittenen Sicherheitspaket! Gerne beraten wir Sie - Ihr K6 Medien Team!



(0231) 33874133 (0231) 33896183 🔯 info@k6-medien.de

Grafik | Print | Softwarelösungen | Web | Business View | IT-Solution



www.k6-medien.de